

BISMARCK UND DIE POLEN

Von Günter Schödl

I In Pommern und im Havelland: Bismarck – Landedelmann und Deichgraf

Auf halber Strecke zwischen Stettin/Szczecin und Danzig/Gdańsk, im Województwo Pomorze, das Dorf Warcino: einst zusammen mit sechs Ortschaften auf 22 000 Morgen Bismarcks Gut Varzin, im hinterpommerschen Landkreis Schlawe/Ślawno, fern der Hauptstadt. Mit einsamen Wäldern, *seinen* Wäldern, und den »depeschensicheren« Wegen einer ausgedehnten Flur, im Norden die nahe Ostsee, im Rücken die kaschubisch-polnische Sprachgrenze nach Westpreußen hin, war es erschwinglich geworden nach einer königlichen Dotation für den Sieg von »Königgrätz« – seit dem 7. Juni 1867 das eigentliche Zuhause eines oft berlin- und »menschenmüden« (1), seinen »Nervenbankrott« befürchtenden Bismarck.



Rittergut Varzin um 1860. Ansicht des Herrenhauses. Aus der Sammlung Alexander Duncker.

Varzin, ganz weit »dahinten«, damals per Bahn fast eine Tagesreise vom Politikbetrieb in Berlins Wilhelmstraße 76 entfernt, *sein* pommersches Sanssouci, *sein* Land »wie Heidekraut und Wiesenblumen« (Otto von Bismarck) (2). Und wenn den Kanzler hier der »Umgang einer mehr zahlreichen als interessanten clique von pommerschen Krautjunkern, Philistern und Ulanenoffizieren« oder auch mal eine Spur sarkastischer: »Hunde, Pferde und Landjunker« (3) doch langweilte, wusste man sich immerhin im pommerschen »landschaftlichen Sinn« verbunden. Und gewiss durch den Blick vom Osten her auf Preußen wie auf Deutschland. So

kannte das Bismarck von Jugend an, so sollte es in seiner Sicht der Polen und der Polenpolitik zum Tragen kommen. Heimatliche Verbundenheit und soziale Verwurzelung konnten aber im Falle Bismarcks nicht gleichbedeutend sein mit unkritischer Stilisierung des Landjunkerdaseins. Nach mehrjähriger ländlicher Probe- und Bedenkzeit war ihm 1845 endgültig klar geworden, dass dieses für ihn die dringlich gesuchte, längst überfällige Ordnung und Orientierung seines Privat- und Berufslebens nicht bieten konnte: preußischer Royalist und doch dem Militär- und Bürokratiendienst abgeneigt, konservativ und doch unabhängig bis an den Rand liberaler Anwendungen, diagnostizierte er wohl auch im Vorgefühl seines politischen Betätigungsdranges »eine an Lebensüberdruß grenzende Gelangweiltheit durch alles, was mich umgiebt«, ein Übermaß an »geistigem Holzhausen« und »krähwinkliger Anmaßung«.

Varzin, seit der Reichsgründung bald einer der nationalen Sehnsuchtsorte der Deutschen. Der Gutsherr mit seinem besonderen Faible für die Forstwirtschaft liebte es, während seiner in der fernen Hauptstadt viel beredeten wochen-, ja monatelangen Aufenthalte hier in Wald und Flur unterwegs zu sein. Die Verbesserung des mageren Bodens, die Aufforstung dieses dünn besiedelten Landstrichs zwischen der Endmoränenanhöhe von Köslin/Koszalin, den Sanddünen bei

Leba/Łeba sowie dem polnischen Hinterland, von alters her als »Wüste« verrufen – all dies war ihm wichtig. Zwar war er am 1. April 1815 am altmärkisch-rechtsehbischen Stammsitz Schönhausen geboren, zwischen Stendal und dem havelländischen Rathenow. Aber Ort seiner frühen Jugend, sein »heimatlichster Aufenthalt« (4), war das pommersche Gut Kniephof (heute Konarzewo) bei Naugard (heute Nowogard), nordöstlich von Stettin. Schon den Sechsjährigen jedoch gab man, was er seiner Mutter zeitlebens nachtragen sollte, in eine Erziehungs-(nach seinem Urteil: in eine Zucht-)anstalt, in das ferne Berlin. Das Studium und erste Berufsjahre führten ihn nach Göttingen, auch in den rheinischen Westen, immer wieder nach Berlin und Potsdam.

Nach dem Tod des Vaters und familiärer Erbteilung wurde das altmärkische Stammgut zum Schauplatz der politischen Anfänge Bismarcks: im Februar 1846 ließ er sich erneut in Schönhausen nieder, wo er sich nach der Eheschließung mit seiner pommerschen Verlobten Johanna von Puttkamer vom Juli 1847 beheimaten wird. Mit tatkräftigen, zugleich ritterschaftlich-ständisch motivierten Initiativen etwa bei der Bewältigung eines Elbhochwassers und kaum weniger mit dem publikumswirksamen Antrittsschmaus im Schloss für »seine« Bauern und Tagelöhner macht sich der gleichermaßen trinkfeste und unterhaltsame »tolle Bismarck«, der im Herbst 1846 als Deichhauptmann des Abschnitts Jerichow-Sandau sein erstes öffentliches Amt erlangt, schnell einen Namen. Die gleichzeitige »ständische Verbindung« mit der radikal royalistischen, konservativ-pietistischen Sammlungsbewegung um den Magdeburger Gerichtspräsidenten Ludwig von Gerlach und dessen Bruder Leopold, den Generaladjutanten König Friedrich Wilhelm IV., markierte seinen Start in das politische Leben zunächst als Abgeordneter des am 11. April 1847 eröffneten Vereinigten Landtags, sodann unter den Bedingungen der Revolutionswirren von 1848. In der Sache unbedingt, bewehrt mit strategischem Instinkt, profilierte er sich als Verfechter von monarchischem Prinzip und preußischer Machtrason, als Gegner von Volkssouveränität und Verfassungsstaat. Wie für ihn Pommern in einem Kindheitsparadies und Sehnsuchtslandschaft bleiben sollte, so fand er seit 1846/47 in der Altmark, was er eigentlich suchte: »Land *und* Residenz«, private Beheimatung *und* Zugang zur Politik. Als Parlamentarier, bereits seit Sommer 1851 dank der Gunst von Monarch und »Kamarilla« auf dem diplomatischen Schlüsselposten als Vertreter Preußens am Bundestag in Frankfurt a. M., dann ab 1859 als Gesandter in St. Petersburg und Paris zugleich Minister im Wartestand, absolvierte er eine persönliche Entwicklung, die seinen ursprünglichen Ruf als »royalistischer Scharfmacher« und »pommerscher Schweinetreiber«, als »flacher Junker« und unberechenbarer »roter Reaktionär« (5) allmählich verblassen ließ.

II »Die« Polen: frühe private und politische Wahrnehmungen

Bismarcks spezifische Wahrnehmung von Polen und Polenpolitik wurde aus Quellen sehr verschiedener Herkunft gespeist: ein gut Teil pommerscher Tradition, dem jungen Bismarck gleichermaßen in junkerlichem *common sense* und familiärer Überlieferung vermittelt; daneben frühe Eindrücke vielleicht schon 1830, jedenfalls 1846 bis 1848 und 1863 vom wiederholten polnischen Aufbegehren, dazu die Erfahrungen des Spitzendiplomaten vor allem 1859 bis 1862 als Gesandter in Russland. Bismarck sollte in späteren Jahren die Möglichkeit schätzen, zu Gesprächen über derlei Themen ausgesuchte Politiker, Journalisten, Freunde nach Varzin einzuladen, zu ausgedehnten Wanderungen in der Umgebung des Herrenhauses, zu Geselligkeiten und jenen Kamingesprächen im kleinen Kreis, denen geradezu der Ruf nationaler Weihstunden eigen war. Liebenswürdiger, unterhaltsamer Gastgeber, der er war, pflegte er nach der abendlichen Tafel seine Gäste, freilich nur die männlichen, in das Billard- und Lesezimmer zu bitten. Seine überlange Pfeife schmauchend, dabei auf ärztlichen Rat oft halbliegend auf einer Ottomane, erzählte, causierte, dozierte... der Kanzler und die eng um einen runden Tisch platzierten Zuhörer ergriffen üblicherweise erst nach Aufforderung das Wort.

Seine Ausführungen über Polen und Polenpolitik begannen im Regelfall mit einer Rückschau auf die neuere preußische bzw. deutsche Russlandpolitik. So berichtet der Leipziger Journalist und Bismarckbiograph Hans Blum d. J. (6) über ein »Privatissimum« diesen Stils noch im Jahre 1892, in dem der Altkanzler zunächst das deutsch-russische Verhältnis seit dem Krimkrieg nachzeichnete, wobei er auf die Notwendigkeit des russischen Wohlwollens für das Gelingen der Reichsgründung abhob. Er arbeitete die spezifische Tradition preußisch-deutscher Russlandpolitik heraus: zwischen ambitionierten und defensiveren, hegemonie- und *status quo*-bezogenen Perspektiven oszillierend, habe sie im Fluss der Ereignisse stets Anlass gefunden, sich das Militär- und Machtpotential Russlands zu Nutze zu machen und doch gleichermaßen vor ihm auf der Hut zu sein. Mit einprägsamen Entlehnungen aus dem Arsenal der junkerlich-ländlichen Bildsprache war bei dem farbigen Erzählstil des Gutsherren immer zu rechnen: ob er die Devise »Mit Russland durch dick und dünn!« (7) als angestammte russlandpolitische Tradition erörterte oder einstige Absichten und Erlebnisse irgendwo zwischen Kalkül und Vision in die pommersche Kutschersprache übersetzte: »Jetzt fahre ich Europa vierelang vom Bock!« (8).

Ausgeprägtes Freund/Feind-Denken strukturierte Bismarcks Wahrnehmung des östlichen Europa und seiner Nationen. Seit der militärischen Schwächung Russlands und der Habsburgermonarchie um die Mitte des Jahrhunderts als Folge des Krimkrieges setzten sich dabei in der Einstellung zu diesen beiden Partner-Rivalen entgegen allen Einwänden aus Bismarcks hoch- und wertkonservativer Umgebung nüchternere, »realpolitische« Züge durch. Die antirevolutionär-legitimistische Allianz mit dem russischen und dem österreichischen Kaisertum, beide dereinst Verbündete bei Polens Aufteilung, büßte ihren traditionellen Vorrang ein. Sie würde sich künftig rechnen müssen. Und zwar ging es ihm weiterhin nicht primär um den deutschen Nationalstaat, überhaupt Deutschland, sondern um Preußen: »*zuerst* Großmacht, dann Bundesstaat«! Er blieb gegenüber deutscher nationaler Einheit und Bundesstaat nach wie vor argwöhnisch: »Nebel... aus den Doktrinen deutscher Gefühlspolitik«! (9) Und doch versachlichte sich sein Verhältnis zum Nationalen wie sogar zur Revolution: wenn man beides schon nicht mehr ignorieren konnte, so musste man es eben selber machen (10). Und das Nationale, für den preußischen Hochkonservativen vorrangig eine bedrohliche Variante des Revolutionären, wurde entdämonisiert: war es denn nicht zu überwinden, so mochte es doch zu instrumentalisieren sein. Symptomatisch, dass er, in dessen Feindbild Verfassungs- und Nationalbewegungen das Revolutionäre, das Bedrohliche schlechthin repräsentierten, doch bereits in den sechziger Jahren keine Bedenken mehr dagegen hatte, Kontakt zur nationalistisch-liberalen ungarischen Emigration zu suchen: durch deren Unterstützung den eigenen Gegner, die Habsburgermonarchie, zu revolutionieren, erschien vom Standpunkt preußischer Machtpolitik aussichtsreich und schon von daher gerechtfertigt. Dagegen verharnte er in der Einstellung zu deutscher Nationalbewegung, zur Öffentlichkeit überhaupt bei seiner Skepsis: ein »Phantasiegebilde« sei es,... dass in der »deutschen öffentlichen Meinung«, Kammern, Zeitungen etc. irgendetwas steckt, was uns bei einer Unions- oder Hegemonie-Politik... helfen könnte. Unsrer Stärkung kann... nur aus waffenmäßiger Großmachtpolitik hervorgehn.« (11)

III »Mit Rußland durch dick und dünn!« oder: Polens Unmöglichkeit. Deutsche Staatsbildung als preußische Großmachtpolitik

Dieser Primat von Machtpolitik und Staatsräson lieferte das entscheidende Kriterium für sein Urteil über die Polen in Geschichte wie Gegenwart. Jene romantisch-idealistischen und überwiegend positiven Töne, die noch im Vormärz weithin zu hören gewesen waren, wenn in Deutschland von den Polen als Sendboten des europaweiten Wandels die Rede war, verfielen bei ihm nicht: seiner Sichtweise entsprach es im Gegenteil, sie als die Sturmvögel der Revolution wahrzunehmen. Es war

eine regionale Tradition distanzierter, kritischer Polenwahrnehmung, die sich ihm in Pommern mitgeteilt hatte; und er fand sie nach »1848« noch immer bestätigt.

Für Bismarck war es selbstverständlich geworden, bei dem Dauerthema »Krieg oder Frieden mit Russland« eben auch dessen polnischen Aspekt mitzudenken. So pflegte er – wie im Varziner Kamingespräch von Oktober 1892 – den wiederholten Gerüchten von russischer Kriegsstimmung gegen Deutschland aus eigener Erfahrung zu entgegnen: erst seit dem Berliner Kongress von 1878 »... stellt sich der Deutschenhaß und die Kriegshetzerei in einem Teile der russischen Presse ein.« Dennoch: »Wer will denn eigentlich in Rußland den Krieg? Der Zar nicht... Das russische Volk in seiner ganz überwiegenden Mehrheit will den Krieg auch nicht.« (12), so Bismarck noch 1892 in seinem Varziner Gespräch mit Hans Blum. »Die Feinde des Friedens mit Deutschland sind aber in Rußland in Wahrheit nur die Juden und namentlich die Polen. Die Polen sind gescheiter, gebildeter und gewandter als die Russen. Sie sind auch Meister der Verschwörung und Verstellung.« (13) Seine früh im Osten erworbene Auffassung von der »polnischen Gefahr« bewahrte er sich bis ans Lebensende: »Ihre alleinige Hoffnung ist der Krieg gegen Deutschland, bei dem Rußland den kürzeren zieht und das polnische Reich wieder-erstehen soll.« (14)



Otto von Bismarck, 1865. Aquarell-Skizze von Adolph Menzel

Bismarck hatte 1863 das Scheitern des polnischen Aufstandes gegen die russische Besatzungsmacht letztlich als Voraussetzung für Preußens Großmacht-karriere beurteilt. Die Errichtung eines polnischen Staates sei grundsätzlich mit der Wahrung des preußischen Macht- und Staatsinteresses nicht vereinbar. Schließlich werde ein polnischer Nationalstaat noch »viel gieriger nach Eroberungen auf unsere Kosten sein als der russische Kaiser«. Er werde »lüstern« sein, »die fieberhafte Unruhe seines Innern durch Kriege abzuleiten und uns bei jeder westlichen Verwicklung in den Rücken zu fallen...« (15). Er scheute sich nicht, Aussagen dieses durchaus analytischen Zuschnitts ausgesprochen emotional zu überfrachten. So 1861 noch kurz vor der Ernennung zum preußischen Ministerpräsidenten, in seiner charakteristischen kalkuliert-aggressiven, bei aller Zuspitzung aber nicht eigentlich nationalistischen, noch weniger rassistischen Manier: »Haut doch die Polen, dass sie am Leben verzagen; ich habe alles Mitgefühl mit ihrer Lage, aber wir können, wenn wir bestehen wollen, nichts anderes tun als sie ausrotten...«. (16)

Bismarcks unbedingte Ablehnung eines polnischen Staates war nicht die zwangsläufige Folge seiner ideologischen, herkunftsbedingt konservativen Distanz zum Nationalen an sich. Auch nicht unmittelbar seiner – im Übrigen unzweifelhaften – antipolnischen Vorurteile. Und sie ergab sich nicht ohne weiteres aus seinem persönlichen agonalen Charakter oder einer grundsätzlichen Auffassung von Politik als Kampf, insbesondere von Außenpolitik als Dauerduell um Ehre und Macht. Zu sehr war ihm in der langjährigen diplomatischen Praxis des Bundestagsdelegierten und auswärtigen Gesandten ein durchaus reflektierter, ein zuweilen quälend kritischer Umgang mit eigenen Klischees und vorgefassten Meinungen selbstverständlich geworden. So reduziert er seine variantenreichen »realpolitischen« Warnungen vor der »naturwüchsigen« Feindseligkeit eines

polnischen Staates auf die analytisch verknappte Gestalt geradezu einer machtphysikalischen Gesetzmäßigkeit: polnische Staatsbildung an Preußens Ostflanke sei »gleichbedeutend« mit der »Herstellung eines Bundesgenossen für jeden Gegner, der uns angreift«. (17) Mit anderen Worten: er definiert eine polnische Nationalstaatsbildung als Ausschließungsgrund für eine deutsche.

Allerdings war Bismarcks frühe Polenpolitik trotz ihrer aggressiven Performance noch nicht vorrangig deutsch und national motiviert, sondern preußisch und staatlich. Nicht Völker- oder gar Rassenhass, nicht »moderner«, sozialdarwinistischer Antislawismus oder »völkischer« Nationalismus waren es, die seine Einstellung zu den Polen prägte. Nicht um die gezielte Vorbereitung gewalttätiger Unterdrückung handelte es sich bei seiner polenpolitischen Strategiebildung, sondern um das Beharren auf junkerlich-traditionellem, elitär-überheblichem Verhalten. Bismarcks bleibender Argwohn, der preußische Staat könne sich nicht auf die Loyalität der polnischen Bürger verlassen, desgleichen die vorurteilhafte Wahrnehmung ihres politischen Verhaltens als geradezu zwanghaft aufrührerisch, – dies waren Elemente jenes negativen Polenbildes, das ihm durch familiär-lokale Sozialisation und preußisch-pommersche Überlieferung vermittelt worden war.

Zwar erschien ihm die polnische Landbevölkerung größtenteils noch unberührt von nationaler Propaganda, ja vorläufig noch loyal. Aber er befürchtete eine künftige nationalistische Manipulierung durch die hochadelige Führungsschicht, seit dem Scheitern des Aufstandes von 1863 auch durch den katholischen Klerus. Charakteristisch für Bismarcks Polenbild und Polenpolitik war außerdem: er verharrte in der traditionellen staatlichen Perspektive »von oben«. So musste ihm die polnische Gesellschaft weiterhin als ständisch strukturierte, d. h. als adelig geführte, politisch passive Bauern»masse« erscheinen. Er schien die politischen Folgen der gerade im preußischen Teilungsgebiet zunehmenden sozialen Differenzierung nicht wahrhaben zu wollen. Dass sich zwar nicht im Aufstand gegen, aber doch in erklärter Absage an den deutschen Staat, dass sich seit den achtziger Jahren in kollektiver Selbstorganisation eine polnische Mittelschicht, ein autarkes »Gemeinwesen« im fremden Nationalstaat zu formieren anschickte, – die besondere soziale Natur dieser neuen Variante der polnischen Nationalbewegung blieb dem Kanzler verborgen. Polnische Massendynamik und staatlich verfasster Integrationsdruck drifteten mit anonym-elementarer Folgerichtigkeit auseinander, ein neuer polnischer Nationalismus verselbstständigte sich gegenüber dem disziplinierenden Zugriff des Staates.

Dem Nationalen als kollektiver Selbstbestimmung auf Staats- und auf Verfassungsebene, also auch seiner deutschen Variante, hatte Bismarck bereits in seinen hochkonservativen Anfängen grundsätzliche Einwände entgegengebracht: »Preußen sind wir und Preußen wollen wir bleiben«; er wollte »das preußische Königtum nicht schwimmen sehen in der faulen Gärung süddeutscher Gemütlichkeit«. Letztere erschien ihm geradezu als Synonym einer neuen popular-massenhaften, staats- und machtfremden Politikkultur (18). Und wie er sich zunächst der deutschen Nationalbewegung als revolutionärer Infragestellung des monarchischen Prinzips verweigerte, so lehnte er auch die polnische Variante des Nationalen ab. National- und Verfassungsbewegung stellten für ihn letzten Endes die historisch gewachsene inner- und zwischenstaatliche Ordnung Europas in Frage. Unter deren Bedingungen hatte sich – so konnte es scheinen – der polnische Staat als nicht mehr existenzfähig erwiesen. Eine Warnung vor Individualismus und Liberalismus, in diesem Sinne ein historisches Spiegelbild sei die Auflösung des polnischen Staates auch für die Deutschen: sie zeige, »wohin ein großer, mächtiger Staat... gelangen kann, wenn er die Freiheit des einzelnen höher stellt, als die Sicherheit nach außen..., wenn die Freiheit des Individuums als eine Wucherpflanze die allgemeinen Interessen erstickt«. (19)

IV »Wir und die Anderen«: der deutsche Nationalstaat und »seine« Polen 1871–1890

Dieses frühe Polenbild Bismarcks sollte für ihn im Wesentlichen unverändert gültig bleiben, obwohl sich der preußisch-deutsche wie auch der preußisch-polnische Kontext seit der Jahrhundertmitte in vielem wandelten. Mit dem Abschluss der Reichsgründungsphase im Jahre 1871 sahen sich die polnischen Bevölkerungsgruppen u.a. in Ost- und Westpreußen, Schlesien, Posen und Pommern in die bedrängte Rolle einer – immerhin ca. 10% der Bevölkerung Preußens umfassenden – Minderheit im deutschen *Nationalstaat* versetzt (20). Der staatliche Homogenisierungs- und Entnationalisierungsdruck, dem der elementare Integrationszog des wirtschaftlich-infrastrukturellen Wandels zusätzliche Schubkraft verlieh, wurde stärker. Er sollte sich als vitaler, indirekter Impuls nationaler Selbsterhaltung der Polen erweisen. Vor allem galt dies soziostrukturell für die Festigung eines Mittel- und Kleinbauernstandes, zudem besonders in der Provinz Posen für die genossenschaftliche Selbstorganisation eines polnischen Mittelstandes; politisch-kulturell wiederum für dessen überregionale Mobilisierung unter zunächst kirchlicher Führung.

Eine gewisse polnische Tendenz zu politischer Verweigerung und sozialer Einigelung war konfrontiert mit zunehmender Konformitätserwartung des unvollständigen kleindeutschen Nationalstaats gegenüber seinen nationalen Minderheiten. Sein Mangel an innenpolitischer, konfessionell-mentaler und sozialer Kontingenz trat nach dem Sieges- und Einheitstaumel von 1871 deutlich zu Tage, desgleichen seine ungewisse außenpolitische Verortung. Unter Bedingungen dieser Art traten einige Konstanten des Bismarck'schen Polenbildes durchwegs umso deutlicher zutage. So aktivierte er weiterhin die Polenpolitik von Zeit zu Zeit als diplomatischen Kitt der Beziehungen zu Russland, zumal wenn dessen Annäherung an Frankreich drohte. Und die Wiederherstellung Polens blieb für den Kanzler unvereinbar mit preußisch-deutscher Staatlichkeit. Dies selbst in der reduzierten Form einer bloßen Autonomie oder bei Realisierung nicht im preußischen, sondern nur im österreichischen, allenfalls auch im russischen Teilungsgebiet.

Sein politischer Argwohn gegenüber den Polen in Preußen wuchs sogar, obwohl sein negatives Polenbild ihn nicht daran hinderte, aus seiner Perspektive durchaus Positives anzuerkennen. Nüchtern konstatierte er etwa, die preußischen Polen »mit der ihrer Nationalität eigentümlichen Tapferkeit« und ihrer »ehrenwerten Anhänglichkeit« an die Kirche strebten »natürlich« auch weiterhin nach ihrem eigenen Staat. (21) Obwohl er dafür den polnischen Adel geradezu »bewundert« (2), berief er sich ausdrücklich auf die repressive Flottwell'sche Polenpolitik der dreißiger Jahre: schon damals habe man im Hochadel mit seinem Anhang von Verwandten und Hauspersonal, von Szlachta-Familien, Woiwoden und Vögten das »böse Prinzip« der Provinz Posen erkannt. Schon damals habe die »Entfernung« dieser Führungsschicht als notwendig gegolten, – zu lange würde es bei dieser Minderheit ansonsten dauern, »ehe ihre polnische Natur sich zu einer staatsbürgerlichen preußischen ausgebildet haben wird«. (23)

V Polenpolitik im Bismarckreich: Machtkalkül und Minderheitsexistenz

Aus dieser Perspektive sah der Reichskanzler schon bald nach der Reichsgründung, am 7. Februar 1872, die Stunde des Handelns gekommen: »Ich habe das Gefühl, daß auf dem Gebiete unserer polnischen Provinzen der Boden unter uns, wenn er noch nicht auffällig wankt, so doch unterhöhlt wird, daß er einbrechen kann, sobald sich auswärts eine polnisch-katholisch-österreichische Politik entwickeln kann.« (24) Die europaweite bündnispolitische Dimensionierung der Polenpolitik als Angelegenheit eben nicht mehr nur Preußens, sondern des ganzen Deutschen Reiches verlieh ihr in seinen Augen zusätzliche Brisanz. So etwa bei der Ausgestaltung des Bündnisses mit der Habsburgermonarchie: »Österreich wird... vielleicht nicht darauf verzichten wollen, bei einem etwaigen Krieg mit Rußland Polen zu insurgieren und eine nationale polnische

Armee in Galizien zu gründen. Diese Entwicklung würde für uns umso gefährlicher werden, je kräftiger das polnische Element in Posen und Westpreußen noch ist... In der Abschwächung des polnischen Elements bei uns [liegt. G.S.] die Verstärkung unserer Bündnisfähigkeit mit Österreich.«

So wurde der polenpolitische Spielraum »Berlins« als teilweise durch die eigene Positionierung zwischen den konservativen Bündnispartnern Russland und Österreich vorgegeben betrachtet. Andererseits verzeichnete Bismarck zusätzlichen Handlungsdruck: der ohnehin beabsichtigte Kampfkurs gegen die nationalpolnische Bewegung erschien ihm nun auch außenpolitisch notwendig. Nicht nur, dass er das Vorhaben, die nationalpolnische Führungsrolle des katholischen Klerus zu beenden, als einen der Gründe für den – im Osten bis zum Ausgang der siebziger Jahre fortgeführten – »Kulturkampf« betrachtete. Er versuchte außerdem, durch verwaltungsrechtliche und sprachpolitische Maßnahmen überhaupt das Polnische aus dem öffentlichen Leben im Osten zu verdrängen. Dazu dienten u.a. ein Oberpräsidialerlass für Westpreußen und Posen vom 27. Oktober 1873, der das Deutsche als alleinige – mit dem Religionsunterricht als vorläufiger Ausnahme – Unterrichtssprache in der Volksschule festlegte. Das preußische Geschäftssprachen- und das Gerichtsverfassungsgesetz des Reiches von 1876 und 1877 (26), die das Deutsche als Sprache in Verwaltung, Justiz, Versammlungen etc. bestimmten, sollten dazu beitragen, die deutsch-polnische Zweisprachigkeit im öffentlichen Leben Westpreußens und Posens einschließlich Schule und Kirche zu beseitigen.

Aus Bismarcks Sicht erwiesen sich derlei Maßnahmen im Laufe der frühen achtziger Jahre aber als ganz unzureichend. Nicht nur, dass sich das zahlenmäßige Verhältnis zwischen deutscher und polnischer Bevölkerung besonders in der Brennpunktprovinz Posen immer ungünstiger entwickelte. Darüber hinaus hatte sich die Erwartung, die er in den sprach- und verwaltungspolitisch auf die Minderheit ausgeübten Integrationsdruck gesetzt hatte, keineswegs erfüllt. Statt ihrer erhofften Eindeutschung hatte man im Gegenteil die Mobilisierung und Solidarisierung der polnischen Bevölkerung gefördert. Es war auf diese Weise ein genossenschaftliches, reich verzweigtes Netzwerk nationaler Selbstorganisation entstanden. Was der polnischen Nationalbewegung im Laufe des neunzehnten Jahrhunderts trotz mehrerer Aufstände nicht gelungen war, provozierte Bismarcks Polenpolitik in der Provinz Posen: die Minderheit transformierte sich in ein tendenziell autarkes polnisches Gemeinwesen innerhalb des deutschen Nationalstaates (27).

Den verschärften Kurs gegen die »polnische Gefahr«, zu dem Bismarck 1885/1886 überging, rechtfertigte er als erzwungene Verteidigung staatlicher Autorität. Was er bisher vermieden hatte, die Einschränkung preußischer Rechtsstaatlichkeit, die mit national motivierten Gesetzen einseitig gegen nichtdeutsche bzw. polnische Staatsbürger verbunden sein musste, setzte er nun vorsätzlich ins Werk. Im Februar bzw. Juli 1885 begann auf sein Betreiben die Ausweisung von nahezu 26 000 (28) Polen ohne deutsche Staatsangehörigkeit aus Preußen nach Russland und Österreich, die bis Ende 1887 andauern sollte. Gegen eine ablehnende Mehrheit im Reichstag verteidigte Bismarck diese Maßregel im preußischen Landtag plump taktisch: »Wir wollen die fremden Polen los sein, weil wir an unseren eigenen genug haben.« (29)

Der Staat sehe sich zur Notwehr veranlasst: »...das Kennzeichen für die Ausweisung ist ausschließlich die Nationalität... Der Polonismus und die polnische Propaganda ist der Grund für die Ausweisungen... Die Polen sind u n s i c h e r e preußische Unterthanen.« (30) Man betrachte die Polen aber nicht als Bürger mit geringeren Rechten. Es gehe lediglich darum, »uns zu schützen vor der Polonisierung.« (31) »Die Regierung beabsichtige keineswegs, die polnische Nationalität auszurotten oder überhaupt zu beseitigen...« (32) Aber der »Polonisierung der deutschen Einwohner« (33) im Osten müsse man Einhalt gebieten. Eine grundsätzlichere Formulierung erfuhr Bismarcks Standpunkt durch Kultusminister Otto von Goßler: »Auch die von der politischen Agitation unberührten Massen stören unseren staatlichen Organismus dadurch, dass sie die Grenzprovinzen polonisieren, während die Germanisierung unsere Aufgabe ist.« (34)

Um dies vor allem in der Provinz Posen sicherzustellen, hielt es der Kanzler für notwendig, »die Verhältniszahl zwischen der polnischen und der deutschen Bevölkerung möglichst [zu. G.S.] bessern zum Vorteil der Deutschen, um... sichere Leute, die am preußischen Staate festhalten, in jener Provinz zu gewinnen.« (35) Man müsse den polnischen Adel »expropriieren« (36). Dies – so Bismarck selbst – »klingt ungeheuerlich«. Aber man sei dazu gezwungen: in Posen und Westpreußen »beruht das Widerstreben gegen die Assimilierung, gegen das Zusammenwirken mit Deutschen, die Vertiefung der Kluft, die beide Nationen trennt,... fast ausschließlich auf dem Adel«. (37) Am Ende dieser Argumentationskette stand das preußische Gesetz zur »Beförderung deutscher Ansiedelungen in den Provinzen Posen und Westpreußen«. Der Landtag verabschiedete es am 26. April 1886. Auf dieser gesetzlichen Grundlage arbeitete die »Königlich Preußische Ansiedlungskommission« mit Sitz in Posen. Sie wurde mit einem Fonds von zunächst 100 Millionen Goldmark, bis Kriegsbeginn mehr als einer Milliarde ausgestattet. Auf dem freien Grundstücksmarkt Posens und Westpreußens sollte sie Grundbesitz aufkaufen. Zunächst nur polnischen, seit der Jahrhundertwende wegen der Gegenwehr polnischer Siedlungsgenossenschaften gezwungenermaßen aber immer mehr deutschen. Nach dessen Parzellierung sollte sie ausschließlich deutsche Bauern ansiedeln. (38)

Bismarck als im Osten vorzüglich vernetzter und informierter Politiker rechtfertigte seine von der Reichstagsmehrheit abgelehnten antipolnischen Kampfmaßnahmen mit einem bewusst überzeichneten Bedrohungsszenario. Verbale Radikalität als eines seiner agitativen Stilmittel verband er mit populistischer Markierung von angeblichen »Reichsfeinden« roter, schwarzer bzw. katholisch-ultramontaner, polnischer... Couleur. Die Rede des Kanzlers von einer »polnischen Gefahr« war von jeher auf propagandistische Dienstleistung für seine Innenpolitik berechnet, besonders schließlich für die prokonservative Kurskorrektur am Ausgang der siebziger Jahre berechnet. Er selbst stellte diesen Zusammenhang am 3.12.1884 im Reichstag als versierter Taktiker im Falle des »Kulturkampfes« geradezu auf den Kopf: »Ich bin in den ganzen Kampf nur durch die polnische Seite der Sache hineingezogen worden.« (39)

Die im emotionalen Innenraum der nur defizitär integrierten neuen Staatsnation von 1871 noch immer konfliktrichtig flottierenden Vorurteile und Frustrationen sollten autoritär gegen echte und vermeintliche Gegner gelenkt werden. Im Sinne der agonalen Politikauffassung des Kanzlers ging es darum, in Öffentlichkeit und Reichstag durch Warnungen vor einer »polnischen Gefahr« eine konservativ-nationalliberale Mehrheit zu schmieden, trotz verbleibender Interessengegensätze ein innenpolitisches »nationales Kartell«. Instrumentalisierung und Förderung antipolnischer kollektiver Einstellungen auch durch die folgenden Kabinette sollten zu einem konstitutiven Element des politischen Lebens im Kaiserreich werden. (40) Kognitiv und psychodynamisch war dies geradezu ein Analogon zur 1878 in konservativ-nationalliberaler Umgebung entstehenden »Berliner Bewegung« des Hofpredigers Adolf Stoecker. Während aber diese Premiere des organisierten Antisemitismus in der deutschen Politik, eine Parallele zur Wiener Lueger-Bewegung, zunächst einmal mit abflauernder Wirtschaftskrise noch in Bismarcks Amtszeit scheiterte, sollte sich Bismarcks antipolnische Variante nationalisierter Minderheitenpolitik als dauerhaft und »wirksam«, als Quelle deutsch-polnischer Verfeindung erweisen.

Seit den späten siebziger Jahren integrierte der Kanzler Polenbild und Polenpolitik nachdrücklicher denn je in größere, übergeordnete Zusammenhänge. Polenpolitik galt immer weniger als Aspekt einer traditionell verstandenen Staatsautorität oder als regionale preußische Angelegenheit. Mehr denn je instrumentalisierte er sie taktisch für außen- und bündnispolitische Zwecke oder nutzte sie zu Gunsten des Großgrundbesitzes im Osten, dem er sich als einer der großen Forstbesitzer zurechnen konnte, mithin für die parlamentarische Fundierung seiner Allianz mit den Konservativen (41). Auch wenn insofern Bismarcks antipolnische Vorurteile und Emotionen, ebenso wie der Disziplinierungs- und Entnationalisierungsdruck auf die Minderheit nicht zur bloßen Fassade

vorrangiger innenpolitischer Instrumentalisierung und außenpolitischer Rücksichten verkamen, – letztlich erlitt die Polenpolitik einen Rangverlust: der Kanzler, der seinen kritischen und zweifellos auch interessenbewussten Sinn selbst den eigenen Vorurteilen und Emotionen nicht unbedacht auslieferte, verstand sie entgegen seiner öffentlichen Selbstdarstellung doch eher nur noch als Funktion übergeordneter Zusammenhänge. Traditionell-vorurteilhaft, zunehmend instrumentell und zweckrational, repräsentierte sie nicht den Auftakt einer zwangsläufigen kausalen und bruchlosen inhaltlichen Kontinuität von Bismarck bis Hitler, von der konservativ-patriarchalischen Polenpolitik Preußens bis zum totalitären Rassismus NS-Deutschlands.

Zwar ist versucht worden, eine Traditionslinie dieser Art nachzuweisen. Dabei sind vorurteilhafte, auch aggressive Äußerungen Bismarcks, sei es bei choleralen Ausbrüchen oder mit populistischer Berechnung, als Beleg herangezogen worden. Derlei demagogische, allerdings weit verbreitete Sprüche – fast schon in der Diktion eines Heinrich Himmler etwa über die »Trichine des polnischen Adels«, (42) die wegzuschaffen sei – sind aber nicht repräsentativ. Weder für Denkweise und Programmatik des Kanzlers selbst noch überhaupt für die deutsch-mitteuropäische Politikultur bis hin zu Desorientierung und Brutalisierung seit dem Ersten Weltkrieg.

Es war vielmehr für die Bismarcksche Polenpolitik, ja für seine politisch-diplomatische Praxis insgesamt charakteristisch: sie war variantenreich und flexibel, durch den Bezug auf tradierte Maßstäbe und Kontexte diszipliniert und wenn es ihm denn begründet erschien, so wusste er sie auf geradezu literarischem Niveau und menschlich gewinnend zu kommunizieren. Dass jedenfalls »genuiner Hass« (Hans-Ulrich Wehler), angeblich gespeist aus einer diffusen »emotionalen Tiefenschicht« (43), die Bismarcksche Polenpolitik motiviert und bereits den Antipolonismus des »Dritten Reiches« geradezu vorprogrammiert habe, nimmt sich doch einigermaßen spekulativ aus. Ohnehin relativiert sich das interpretative Gewicht der starken Sprüche dieses »guten Hassers«, wie Bismarck sich zu schmeicheln liebte, schon dadurch, dass er zu ihnen selbstironisch-bärbeißig auf Distanz zu gehen vermochte. Und nicht nur über »die« Polen leerte er die Schale seines allzu leicht entflammaren Zorns: es konnte beispielsweise am Vorabend der Reichsgründung auch die Connationale in Süddeutschland treffen, deren Eignung für den künftigen deutschen Nationalstaat er in Zweifel zog, nicht zuletzt Österreicher, Katholiken jedweden Schlags samt diversen »Reichsfeinden«, ganz zu schweigen von gekrönten Häuptern.

VI Erben oder Epigonen? Radikaler Nationalismus vs. deutschvölkischer Rassismus in Mitteleuropa (1888–1918)

Die preußisch-deutsche Polenpolitik zwischen Alvenslebenscher Konvention von 1863 und Ansiedlungsgesetz von 1886, die durchwegs Bismarcks Handschrift erkennen lässt, folgte einer traditionell-machtbezogenen, etatistisch-patriarchalischen Motivatik. Damit soll nicht in Abrede gestellt werden, dass sie antipolnischen/antislawischen Einstellungen in gewissem Maße den Weg bereitet hat. Und so überhaupt jener wechselseitigen nationalistischen Verfeindungsfront seit den siebziger Jahren des neunzehnten Jahrhunderts entlang der ostmitteleuropäischen Sprachgrenze vom ostpreußisch-baltischen Norden bis zu den Donau- und Karpatenländern im Süden. Sicherlich war in die späte Polenpolitik Bismarcks auch bereits eine propagandistische Verdrängungskomponente eingelagert. Sie wurde noch zu Lebzeiten des Kanzlers von Trägern des Bismarckkultes wie dem Alldeutschen Verband in einen rassistisch-»völkischen« Kontext eingefügt. Dies geschah ohne aktives Zutun des Altkanzlers: ganz im Gegenteil rief er bei den häufigen »Huldigungsfahrten«, die vor allem seine bildungsbürgerlichen Verehrer in das abgelegene Varzin führten, zuweilen durchaus Enttäuschung hervor, weil seine Reden gerade in puncto Polenpolitik als zu moderat empfunden wurden. (44)

Aufs Ganze gesehen, handelte es sich bis in die frühe wilhelminische Zeit bei der preußisch-deutschen Polenpolitik, zumal derjenigen während der »Versöhnungsära« unter Bismarcks Nachfolger Leo von Caprivi (1890–1894), um einen noch traditionell-konservativen, rechtlich und moralisch eingehegten Zugriff. Aus der überkommenen Perspektive staatlichen Autoritätsdenkens erschien die polnische Minderheit als eine jener unruhestiftenden nationalen Gruppen des östlichen Europa, deren Verlangen nach Identität und Selbstbestimmung die Balance zwischen den Großmächten gefährdete. Zwar liegt es aus heutiger Perspektive nahe, Bismarcks repressive, oft polemisch überspitzte Polenpolitik als Vorstufe des späteren NS-Antislawismus und der »Germanisierung« im »Generalgouvernement« wahrzunehmen. Aber zu deren vorsätzlicher Einleitung ist es zu Lebzeiten Bismarcks nicht gekommen.

Auch während der wilhelminischen Ära exponierten sich durch ausgesprochen antipolnische Programmatik im Wesentlichen nur »Alldeutscher Verband« und »Deutscher Ostmarkenverein«. Wegen ihrer betont »vaterländischen« Dauerkritik am wilhelminischen Establishment waren sie bis ungefähr 1908, weithin bis etwa 1912 als »Schwarzseher« und Außenseiter durchaus übel beleumundet (45). Trotz einer wachsenden aggressiv-paranoiden Stimmungskulisse kam es aber im Kaiserreich, selbst seitens Kriegszielbewegung und der extrem nationalistischen »Vaterlandspartei«, noch nicht zu einer wie im späteren totalitär-nationalsozialistischen Führerregime zugleich entgrenzten und gelenkten Gewaltdynamik, die in der Mitte der Gesellschaft Antipolonismus bis hin zu Massenvertreibung oder gar physischer Vernichtung generiert hätte.

Die imperialistisch-sozialdarwinistische Propaganda um 1900 fand im Wesentlichen erst ab 1908/12, als die wilhelminische »Weltpolitik« im Sog der Balkankrisen ihre ost-/südosteuropa-bezogene Rekontinentalisierung erfuhr, wachsende öffentliche Resonanz für ihre Umdeutung des deutsch-polnischen Gegensatzes zum germanisch-slawischen »Kampf ums Dasein«, – zum finalen »Rassenkampf« um »Lebensraum«. (46) Zwar ohne authentischen Bezug zu Bismarck, aber mit dem Anspruch auf Ermächtigung per »wahrer« Bismarckgefolgschaft zeichnete sich 1912/13, also unmittelbar vor Kriegsbeginn, in der politischen Kultur ein Paradigmenwechsel ab. Er wurde auf der politischen Führungsebene zwar mitvollzogen, aber anders als unter der Ägide Bismarcks wurden die entsprechenden Signale nicht »von oben« ausgesandt, sondern entstanden als Ausdruck einer sich radikalierenden Öffentlichkeit. In einer kriegsträchtigen Verbindung von Machtkult und epigonaler Verunsicherung, Aggressivität und Paranoia erblickte man nicht mehr in England den künftigen Gegner, sondern in Russland.

Das Zarenreich, obzwar bisher weithin der Verbündete, zuweilen sogar Protektor Preußens, sei die Macht, die sich – so Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg und Generalstabschef Helmuth von Moltke – »als immer schwererer Alb auf uns legt« bzw. »sich durch Niederwerfung Österreichs als slawische Vormacht in Europa durchsetzen« (47) wolle. Seinen Vorgänger als Leiter des Auswärtigen Amtes und Bewahrer der Bismarcktradition, Alfred von Kiderlen-Waechter, insofern korrigierend, definierte es Gottlieb von Jagow 1913 als »wesentlichen Zweck« der deutschen Außenpolitik, »dem Vordringen der slawischen Flut und des russischen Einflusses entgegenzuarbeiten«. (48) Dass Jagow aus dieser neuen russlandfeindlichen Prioritätensetzung aber keineswegs *polenfreundliche*, sondern überhaupt *antislawische* Folgerungen ableitete, zeugt von ersten Ansätzen einer über Bismarck hinausweisenden ethnisiert-rassistischen Konzeptbildung insgesamt und der Polenpolitik im Besonderen. So bezeichnete er es 1915 als Bedingung für die anzustrebende großdeutsch-zentraleuropäische Blockbildung, dass »das Deutschtum in Österreich gestärkt, der slawisch-klerikale [d.i. katholische. GS] Einfluss dort nicht durch das polnische Element prädominierend wird.« (49)

Mit der Rückverlagerung der außenpolitischen Ambitionen des Deutschen Reiches auf das östliche Europa vergrößerte sich das propagandistische Potential der völkischen Begriffs- und Bildsprache am Vorabend des Ersten Weltkrieges ganz erheblich, denn diese thematisierte in erster Linie eben

das deutsche Verhältnis zu Ost- und Südosteuropa sowie die Lage der dortigen deutschen Minderheiten. Den alldeutsch-völkischen Agitationsverbänden des Kaiserreichs, die sich vom konservativ-nationalliberalen, staatsbezogenen Mainstream-Nationalismus abzuheben suchten und sich als die wahren Bismarckianer, als elitäre, »nationale Opposition« (Heinrich Claß) im angeblich führungslosen, eingekreisten und bedrohten Reich inszenierten, entsprach bei den Deutschen in Österreich das deutschnational-alldeutsche Lager. (50) Habsburgkritische Parteien und »Schutzvereine« waren es, die durch den »Anschluss« an den kleindeutschen Nationalstaat diesen zur – 1848 und 1866 verfehlten – großdeutschen »Volksgemeinschaft« zu vervollständigen hofften. Die »Slawisierung« der Habsburgermonarchie durch Polen, Tschechen und Südslawen oder gar ein sezessionistisches Fanal durch den magyarischen Nationalismus: dies waren seit der Erschütterung des Reichs durch die Badeni-Krise von 1897/98 in Böhmen und in Ungarn durch das kossuthistische Revival von 1905/06 mobilisierende Schreckbilder. Ihre Folge war die zunehmende Breitenwirkung einer deutschnational-völkischen »Gemeinbürgerschaft« als »germanischer« Überlebensstrategie, sei es innerhalb der Habsburgermonarchie oder – im Sinne der österreichischen Alldeutschen um Georg von Schönerer – nach deren Auflösung in einem »Großdeutschland«-Zentraleuropa.

VII Ein Damm gegen die »Slawische Flut«: wilhelminische Polenpolitik 1890/94–1914

Der Motiv- und Gestaltwandel deutscher Außenpolitik seit 1908/12 erfasste im Vorfeld des großen Krieges auch die Polenpolitik. Das sprachens- und siedlungspolitische Instrumentarium, wie es Bismarck in der Mitte des 19. Jahrhunderts zur Disziplinierung der polnischen, katholischen Minderheit aus dem tradierten preußischen Autoritätsanspruch abgeleitet hatte, war an seine Grenzen gelangt. Als ausgereizt erschienen an der Jahrhundertwende die traditionellen Methoden zur Verdrängung der polnischen Sprache aus Schule, Verwaltung und öffentlichem Leben sowie zur Herstellung einer deutschen Bevölkerungsmehrheit. Ganz im Gegenteil sah sich der preußische Staat spätestens seit etwa 1908 zumindest in der Provinz Posen in der Defensive: er war mit einem genossenschaftlichen Netz kultureller und sozialer, wirtschaftlicher und politischer Selbstorganisation der polnischen Bevölkerung konfrontiert. Zwar schien sich – anders als mehrmals im 19. Jahrhundert – kein neuer Aufstand vorzubereiten. Es gab aber auch keinerlei Aussicht mehr auf Assimilation der Minderheit.

Nicht mehr unter adeliger oder später katholisch-kirchlicher, sondern unter bürgerlich-nationalliberaler Führung nahm diese nach der Jahrhundertwende zumindest in der Provinz Posen Züge einer polnischen Parallelgesellschaft an. (51) Trotz fortschreitender wirtschaftlich-technischer Integration der polnischen Bevölkerung war ihre gleichzeitige politische Mobilisierung aber nationalpolnisch dimensioniert: das Bewusstsein der Zusammengehörigkeit mit den Connationalen in Russland und Österreich sowie das Verlangen nach gesamtpolnischer Staatsbildung – eine Konstante bereits in Bismarcks Kalkül – gewannen sogar eine breitere soziale Basis als in den beiden anderen Teilungsgebieten. Die in der Provinz Posen manifeste Formierung einer regionalen polnischen Nationalgesellschaft ohne Staat, eines politisch autarken polnischen Gemeinwesens innerhalb des deutschen Nationalstaates lieferte den augenscheinlichen Beweis für das Scheitern der Bismarckschen Polenpolitik.

Dennoch kam es nicht zu einer Kursänderung. Die Bismarcksche Tradition von nationalstaatlichem Geburtsmythos des großpreußischen Reiches und antipolnischem Ostmarkennarrativ wurde starr konfliktorientiert, ohne jene taktische Beweglichkeit, die dem Reichsgründer sehr wohl eigen gewesen war, fortgesetzt: von der »nationalen Opposition« wurde sie zunächst nach Osten hin »völkisch« entgrenzt, sodann seit den späten neunziger Jahren durch den staatstragenden Radikalnationalismus mit »weltpolitischer« Phantasie aufgeladen. Intakt blieb ihre kognitive

Grundlage, das Bismarcksche, kalkuliert alarmistische Konstrukt einer »polnischen Gefahr« samt der repressiv-siedlungspolitischen, erst später ethnisierten, »völkisch« aktualisierten Programmatik von 1886/87.

Letztere wurde durch das neue preußische Ansiedlungsgesetz vom 20. März 1908 unter Berufung auf den Altkanzler weiter verschärft. Zwar gab es dagegen im Kabinett durchaus Einwände. So kritisierte der Landwirtschaftsminister die neue Enteignungskompetenz, da sie einseitig auf *polnischen* Grundbesitz angewandt werden sollte: »Es werde hierdurch doch unzweifelhaft zweierlei Recht für Deutsche und Polen geschaffen werden.« (52) Aber die Kabinettsmehrheit zeigte sich vom Primat des Nationalen überzeugt. Sie bekannte sich unter – durchaus ungerechtfertigter – Berufung auf Bismarck, der vor dem Überschreiten dieser roten Linie trotz seines taktischen Verbalradikalismus 1886/87 noch zurückgeschreckt war, zum Vorrang des Nationalstaates vor dem Rechtsstaat, überhaupt der nationalen Geschlossenheit vor der rechtlichen Gleichheit der Staatsbürger: »Es handele sich doch um eine nationale Existenzfrage.« (53) Dabei sah man sich in Übereinstimmung mit dem wilhelminischen Zeitgeist und mit Kaiser Wilhelm II: »Wer als Deutscher ohne Grund seinen Besitz im Osten veräußert, der versündigt sich an seinem Vaterland... Er muß hier aushalten. Hier im Osten zu wirken, ist eine Verpflichtung gegen das Vaterland, gegen das Deutschtum.« (54)

VIII Epilog: Preußisch-deutsche Polenpolitik und Nationalstaatsproblem

Preußisches Selbstverständnis und polnische Minderheit – Bismarck als leitender Minister war es von jeher gewohnt, sich mit der »polnischen Frage« auf durchaus unterschiedliche Weise zu befassen. Ob als eher nachbarschaftlich-lokaler, ihn persönlich unmittelbar berührender Angelegenheit, die in seinem politischen Denken immer mehr oder weniger präsent war, oder gelegentlich bei aktuellem Anlass mit der Methode, sie systematisch zu kontextualisieren und analytisch anzugehen. Die Instrumentalisierung polenpolitischer Urteilsbildung für jeweils mehrere, sei es weiter gespannte oder grundsätzlicher geartete, Zusammenhänge zeugt von der spezifisch bismarckschen Kombination langfristiger Strategiebildung und situativen Austestens taktisch-kurzfristiger Optionen.

Aber Polenbild und Polenpolitik erschöpften sich keineswegs in voraussetzungslosem tentativem Multitasking. Sie verfügten daneben über ein Eigenleben, über vorurteilhaft-starre und prinzipiengebundene oder auch individuelle Züge impulsiv-sprunghafter Art. Familiär geprägt oder »landschaftlich«-ritterschaftlicher Sozialisation entspringend, generierten diese durchaus emotionale und kognitive Elemente seiner Polenpolitik, deren irritierende Empirieresistenz sowohl auf Stammesniveau wie auch am grünen Tisch der Diplomatie jedweden argumentativen Belastungstest souverän überstand. Gerade sie waren es, die sich schon seit seinen politischen Anfängen im Vormärz zusammen mit einer Ausrichtung auf die staatliche Autorität und den Machtcharakter von Politik später in politische Kultur und kollektive Einstellungen der Epoche einschreiben sollten.

Samt und sonders waren dies Charakteristika eines individuellen Neben- und Gegeneinanders von maßstablos-herausfordernder Selbstüberhebung und analytisch-selbstkritischer »Reizsamkeit« (Karl Lamprecht). Er fand dafür die suggestiv schlichte und berechnend selbstlose Formel seiner eigenen Politikerexistenz als Dienst am preußischen Königtum. Dieser ebenso demütigen wie stolzen, durchaus taktisch dimensionierten Selbstverpflichtung eines vorgeblichen »märkischen Landedelmannes« lernte er – darin der missratene Schüler hochkonservativer Ziehväter vom ständisch-christlichen Schlage der Gebrüder Gerlach, auch eher Menschenverächter als Menschenfeind – seinen Umgang mit Menschen, mit Werten und Zielen unterzuordnen: der Begrenztheit individuellen politischen Planens kundig, wusste er sich gleichwohl ermächtigt, für die preußische

Monarchie zu handeln, für sie das Leben der Anderen, Einzelner wie ganzer Völker, in Anspruch zu nehmen, – für Krieg als Politik und Diplomatie als Kunst.

Ausdruck der epochentypischen »cäsaristischen« Politikerpersönlichkeit, des Kults eines Renaissance-menschentums »jenseits von Gut und Böse«, dabei auch souveräner Zugriff auf die strukturell-prozessualen Konstellationen dieses Zeitalters beschleunigten Wandels, – so erschien Bismarcks Politik der nachfolgenden wilhelminischen Generation gleichermaßen als vielberufenes, motivierendes Vorbild und indirekt als Symbol des seiner selbst ungewissen Epigontums. Dafür fanden Max Weber als politischer Wissenschaftler wie Theobald von Bethmann Hollweg, eher Hiob als Kriegskanzler beredte Sprachbilder, – seine eigene Generation zur Bewährung durch die Tat, durch die zentraleuropäische und globale Weitung des Nationalstaates, drängend der eine; der andere voller Zweifel tätig im Endzeitbewusstsein der »verspäteten Nation« (Helmuth Plessner).

Es bedurfte in gewissem Sinne erst Bismarcks Abschieds vom Tagesgeschäft politischer Konkurrenz und Führung mitsamt ihren Kriterien von Erfolg und Autorität im Jahre 1890, zugleich der irritierenden Dispositionen einer ambitioniert-unsteten Politik und einer öffentlichen Meinung im Wandel, um den Kult des »eisernen Kanzlers« politik-kulturell als Stilmerkmal zu etablieren. Dies galt auch für des Kanzlers »veröffentliche« Meinung über jene Bürger des deutschen Nationalstaates, die Polen waren und bleiben wollten. Mehr noch: für seine eigene, nationalistische Inszenierung des Umgangs mit ihnen. Er hinterließ späteren deutschen Zeiten, als Polen keine Bürger mehr sein *sollten*, einen unseligen Fundus deformierter Kommunikation und kollektiver Aggressivität. In der deutsch-polnischen Verfeindung seit dem späten 19. Jahrhundert, schließlich auch 1939 in der Selbstwiderlegung des deutschen Nationalstaates sollten Polenbild und Polenpolitik Bismarcks auf verhängnisvolle Weise zum Tragen kommen, – nicht zwangsläufig, aber auch nicht zufällig.

Einsicht in die Risiken seiner großpreußisch-klein-deutschen Staatsschöpfung von 1867/71, zumal in die Fragilität des preußisch-deutschen Großmachtanspruches hatte den Reichsgründer bei Zeiten veranlasst, die familiär-privaten und traditionell-preußischen Motive seiner Polenpolitik zu übergeordneten innen- und außen-politischen Zwecken in Beziehung zu setzen. Seine konservative Prägung zeitweilig in hochkonservativer und pietistischer Umgebung, sodann nach »1848« die Erfahrungen als Quereinsteiger in den diplomatischen Dienst, besonders als preußischer Delegierter beim Deutschen Bund in Frankfurt, hatten ihn einen Blick gerade auch für die begrenzte Machbarkeit von Politik gelehrt. Und zumal für die notwendige Kombination von entschiedener Zielorientierung und Nutzung »der« richtigen Konstellation. Wie der charakteristisch ambitionierte Anspruch Bismarcks geradezu verbissenerer Selbstprüfung ausgesetzt sein konnte, so sollte der historiographische Glanz des weithin als genial geltenden Exekutors von »Staatskunst und Kriegshandwerk« (Gerhard Ritter) vor allem nach 1945 seinen Widerpart finden: in der Stigmatisierung als prinzipienloser, selbstbezogener Machtmensch und junkerlicher Gralshüter eines preußischen Militärstaates, in der Verurteilung als eigenmächtiger Urheber von Kriegen und als Stifter einer angeblichen bonapartistisch-nationalsozialistischen Kontinuität von autoritärer Herrschaft und Massenmanipulation. Noch in den Ereignissen von 1990, in der (Teil)Wiederherstellung eben des Bismarckstaates, fand sich in fragiler Wechselbeziehung von kollektiver Erinnerung und akuter Orientierungssuche dieser Kontrast von Kult und Distanz ausgeprägt, – das Nebeneinander eines, wengleich verhaltenen, Bekenntnisses zum Bismarckschen Nationalstaat und der EU-europäischen Nationalstaats-skepsis.

So uneinheitlich sich in diesem Sinne mittlerweile das Bild des Reichsgründers darbietet, so ablehnend fällt inzwischen das Urteil über den polenpolitischen Aspekt seines Wirkens aus. Vorurteilhaft-konfrontativ von vorneherein und selbstreferentiell an die preußische Staatsräson, ab 1870/71 an das deutsche Einheitsideal geknüpft, erscheint im Nachhinein derlei befremdliche Anti-Minderheitspolitik wie aus der Zeit gefallen. Zugleich als Abhilfe für das Integrationsdefizit des

verspäteten, unvollendeten Nationalstaates der Deutschen regelrecht »kultiviert«, repräsentiert sie die Formierung einer durchwegs prekären, schließlich 1939/45 zerbrechenden deutsch-polnischen »Konfliktgemeinschaft« (Jaroslav Kren). Für Bismarck eher nur eine abhängige Funktion übergeordneter Zusammenhänge, d.i. vor allem der Russlandpolitik oder – innenpolitisch – des »Kulturkampfes«, zeugt seine Polenpolitik von der konzeptionellen Erschöpfung ostpolitischer Traditionsbildung: seit dem frühen preußischen Großmachtsanspruch ein bewährtes Instrument des Werbens um Russlands Partnerschaft, wird sie trotz aller Erfolglosigkeit starr aufrechterhalten; desgleichen noch lange die – seit der Krieg-in-Sicht-Krise von 1875 zunehmend illusionäre – Zielsetzung, eine Annäherung zwischen Russland und der beargwöhnten Feindmacht Frankreich zu verhindern. In gegenwärtiger deutscher Sicht ist es diese althergebrachte Unterordnung des Verhältnisses zu Polen unter das deutsch-russische/sowjetische Verhältnis (55), die sich zusammen mit sonstigen mentalen und geschichtspolitischen Hypotheken der deutsch-polnischen Beziehungsgeschichte in der EU-europäischen Ostintegration noch immer als hinderlich erweist.

Die polenpolitische Strategie Bismarcks war auf das Axiom der Unvereinbarkeit von deutscher und polnischer Nationalstaatsbildung gegründet. In ihrer wilhelminischen, von Kanzlerkult und Nationalismus befeuerten, zudem massenpolitisch popularisierten Radikalform verweist sie zurück auf ihren nationalpolitischen Ursprung, – auf Verzögerung und machtpolitische Instrumentalisierung der deutschen Einheitsbewegung in der Mitte des 19. Jahrhunderts. Das österreichische Konzept eines reformierten Deutschen Bundes als Rahmen einer föderativ-mitteuropäischen Lösung der deutschen Frage war von Preußen blockiert worden. Es hätte den historisch legitimierten Führungsanspruch der Habsburger mit einer Relativierung nationalstaatlicher Grenzbeziehungen verbinden sollen. Ein Deutscher Bund dieses föderalen Zuschnitts war nicht als fest gefügter Bundesstaat mit einem einzigen Machtzentrum machbar: womöglich aber als lockerer Staatenbund, der die langfristig gewachsenen deutschen Länderidentitäten besser, d.i. womöglich ohne die sekundäre, militärische Integration durch drei »Einigungskriege« auf einen gemeinsamen nationalen Nenner hätte bringen können. Das österreichische Reformprojekt scheiterte jedoch im August/Oktober 1863, als Bismarck die Realisierung der entsprechenden Beschlüsse von Frankfurter »Fürstentag« und Nürnberger Ministerkonferenz unterband (56). Die folgende, vom österreichischen Kabinett Rechberg zu spät durchschaute, letztlich militärisch durchgesetzte Initiative

Preußens, die durch eine antipolnische Allianz mit Russland flankiert war, sorgte für eine nationalpolitische, Berlin-zentrierte Strategie deutscher Nationalstaatsbildung: ein hohes Maß staatlicher Zentralisierung und die ökonomisch fundierte Deckungsgleichheit von Staatsnation und Territorium, beides gebunden an die machtpolitische Dynamik der neuen Großmacht Preußen, schloss die zentral-europäisch-föderale Alternative Kaiser Franz Josephs I. aus. Deren nationenübergreifende Perspektive war dem Zeitgeist *dieser* Epoche nicht zu vermitteln, – sei es, als überlebtes Erbe des Alten Reiches, nicht mehr oder, anders als nach der Katastrophe des Nationalstaates im 20. Jahrhundert, noch nicht.



Bismarck und seine Schwiegertochter Marguerite, die Frau von Herbert, Otto von Bismarcks ältestem Sohn.

Die macht- und nationalpolitische Unvereinbarkeit deutscher und polnischer Staatsbil-

dingung sollte seit den »Einigungskriegen« von 1864, 1866 und 1870, die eher preußische Expansionskriege waren, Bismarcks spätere, taktisch ausgereifte polenpolitische Strategie geradezu vorprogrammieren. Sein Amt als preußischer Ministerpräsident hatte er im Herbst 1862 mit dem Vorsatz angetreten, Preußen als Großmacht mitten in Europa zu etablieren, nicht aber als deutschen Nationalstaat. So hätte eine – womöglich föderativ zu entfaltende – Autonomie für Preußens polnische Bevölkerung nicht ausgeschlossen sein müssen, – jedenfalls nicht bei deren, allerdings ungewisser, Zustimmung. Aber das unter Friedrich Wilhelm IV. noch ganz unwahrscheinliche, erst unter Wilhelm I. vorstellbare antihabsburgische Großmachtprojekt Bismarcks war nicht *gegen* die deutsche Nationalbewegung durchzusetzen, sondern nur *mit* ihr, m.a.W.: nur als *Nationalstaat*. Bismarck, der die auch ihm bedrohlich erscheinende Dynamik von sozialer Transformation und Nationalbewegung kompromisshaft-manipulativ zu integrieren unternimmt, handelt mithin nicht nur als »weißer Revolutionär« (Lothar Gall), sondern auch als Nationalpolitiker wider Willen. Ein initiativer »Reichsgründer« aus letztlich defensivem, kompromisshaftem Kalkül, – aus Klugheit, aus »Staatsklugheit« (Maximilian von Gagern) (57), aus *preußischer* Staatsklugheit: Preußens außen-politische Rangerhöhung im Bunde mit einer sich selbst nationalisierenden und zugleich von oben nationalisierten Gesellschaft, die sich in die Illusion von Selbstbestimmung findet, mit den Risiken einer destabilisierten europäischen Mächtebalance und der ruinierten preußischen Nähe von Deutschen und Polen.

Anmerkungen

- 1 zit. Engelberg, Waltraut: Das private Leben der Bismarcks. Berlin 1998, S. 214, 216, 105
- 2 Otto von Bismarck, zit. a.a.O., S. 16
- 3 Zum Folgenden: Otto von Bismarck, Brief an Oskar von Arnim, 31.10.1843, zit.: Engelberg, Ernst: Bismarck. Urpreuße und Reichsgründer. Berlin 1985, S. 180 f.
- 4 Engelberg, W., Leben der Bismarcks, S. 102
- 5 Engelberg, Bismarck, S. 364, 367; Heinrich von Treitschke, zit. Gall, Lothar: Bismarck. Der weiße Revolutionär. Frankfurt, Berlin, Wien 1983, S. 258; Friedrich Wilhelm IV., zit. Gall, Bismarck, S. 106
- 6 Blum, Hans: Persönliche Erinnerungen an den Fürsten Bismarck. 3. Aufl. München 1900. S. 200–250
- 7 Dazu Schmidt, Rainer: Die »Doktorfrage« aus Livadia. In: HZ 279/2 (2004), S. 335–385
- 8 zit. Sürmer, Michael (Hg.): Bismarck und die preußisch-deutsche Politik 1871–1890. München 1970, S. 96.
- 9 zit. Gall, Bismarck, S. 322 und Nonn, Christoph: Bismarck. Ein Preuße und sein Jahrhundert. München 2015, zit. S. 145: Bismarck an Robert Graf von der Goltz, 24.12.1863
- 10 zit. Gall, Bismarck, S. 127 ff.
- 11 zit. a.a.O., S. 359 f. und Nonn, Bismarck, S. 145
- 12 zit. Blum, Erinnerungen, S. 214
- 13 zit. a.a.O., S. 231
- 14 zit. a.a.O., S. 232
- 15 zit. Gall, Bismarck, S. 91
- 16 zit. ebd.
- 17 zit. ebd.
- 18 zit. a.a.O., S. 93
- 19 Fürst Bismarcks Reden. Hrsg. von Philipp Stein. 12 Bde. Leipzig o.J.: IV, S. 120, Nordt. Reichstag 18.3.1867
- 20 Dazu Broszat, Martin: Zweihundert Jahre deutsche Polenpolitik. Frankfurt 1972, bes. S. 105–172; Wehler, Hans-Ulrich: Von den »Reichsfeinden« zur »Reichskristallnacht«. In: ders.: Krisenherde des Kaiserreichs 1871–1918. Göttingen 1970, S. 181–199; Grabowski, Sabine: Deutscher und polnischer Nationalismus. Marburg 1998; Serrier, Thomas: Provinz Posen, Ostmark, Wielkopolska. Marburg 2005; Schutte, Christoph: Deutsche Königliche Akademie in Posen 1903–1919. Phil. Diss. FU Berlin 2006; Schattkowsky, Ralph/Müller, Michael G. (Hg.): Identitätswandel und nationale Mobilisierung in Regionen ethnischer Diversität. Marburg 2004
- 21 Bismarcks Reden III, S. 108, Landtag 18.3.1867
- 22 ebd. S. 120
- 23 a.a.O. XI, S. 126, Landtag 28.1.1886

- 24 zit. Broszat, Polenpolitik, S. 130
- 25 Erlass an den Gesandten in Wien, 1.2.1886, zit. Broszat S. 134
- 26 Wehler, Hans-Ulrich: Das deutsche Kaiserreich 1871–1918. Göttingen 1973, S. 115; Broszat, Polenpolitik, S. 130 ff.; Hahn, Hans-Henning/Kunze, Peter (Hg.): Nationale Minderheiten und staatliche Minderheitenpolitik in Deutschland im 19. Jh. Berlin 1999
- 27 Dazu immer noch die zeitgenössischen Darstellungen von Bernhard, Ludwig: Das polnische Gemeinwesen im preußischen Staate. 2. Aufl. Leipzig 1910 und Mitscherlich, Waldemar: Der Einfluß der wirtschaftlichen Entwicklung auf den ostmärkischen Nationalitätenkampf. Leipzig 1910. Dazu auch Baier, Roland: Der Osten als soziale Frage. Köln, Wien 1980, Teil I
- 28 Wehler, Hans-Ulrich: Deutsche Gesellschaftsgeschichte 1849-1914. 3. Bd. München 1995, S. 963 verwendet hierfür den Begriff »Vertreibung«, der durch seine Bindung an den Kontext »Zweiter Weltkrieg/1945 ff.« sehr viel spätere, auch anders gelagerte Ereignisse, Emotionen und Erinnerungen thematisiert und nur unzureichend geklärt ist. Zur Zahl der »Vertriebenen«: u.a. Broszat, Zweihundert Jahre, S. 148 (25 914). Die – in der Forschung umstrittene – Zahl Betroffener beziffert Wehler ebenfalls ohne Erläuterung wesentlich höher und außerdem unterschiedlich, – zunächst 1970 auf 32 000 (s. Anm. 20, S. 187), dagegen 1995 auf 48 000 (s. Gesellschaftsgeschichte, S. 963)
- 29 zit. Broszat, Polenpolitik, S. 147
- 30 Bismarcks Reden XI, S. 63, Reichstag 1.12.1885
- 31 a.a.O. XI, S. 204, Landtag Herrenhaus 15.4.1886
- 32 ebd.
- 33 a.a.O., S. 205
- 34 Bismarck an Innenminister Robert von Puttkamer 11.3.1885, zit. Broszat, Polenpolitik, S. 147
- 35 Reden XI, S. 153, Landtag 28.1.1886
- 36 ebd.
- 37 a.a.O., S. 154
- 38 Dazu Schödl, Günter: »Kolonisationsgesetz« und »Kolonats«-Reform. In: Krauss, Karl-Peter (Hg.): Agrarreformen und ethnodemographische Veränderungen. Stuttgart 2009, S. 149–174 und ders.: Nationsbildung und Minderheitsexistenz. In: Hösch, Edgar/Seewann, Gerhard (Hg.): Aspekte ethnischer Identität. München 1991, S. 85–120, bes. 104–120
- 39 zit. Gall, Bismarck, S. 660 f.
- 40 Zum »Reichsnationalismus« als Instrument Bismarckscher Herrschaftstechnik noch immer interpretatorisch anregend, wenn auch überzogen modellhaft: Wehler, Kaiserreich, Kap. 2.3 und 2.4
- 41 vgl. Wehler, Gesellschaftsgeschichte, III, S. 963 ff.
- 42 zit. Wehler, Gesellschaftsgeschichte, S. 964
- 43 zit. a.a.O., S. 962
- 44 Spät, Robert: Die »polnische Frage« in der öffentlichen Diskussion im Deutschen Reich 1894–1918. Marburg 2014, S. 32. Dazu Kaminski, Ted: Polish Publicists and Prussian Politics during the Neue Kurs of Chancellor Leo von Caprivi 1890–94. Stuttgart 1988; zur

- wilhelminischen »Ostmarkenpolitik« Oldenburg, Jens: Der Deutsche Ostmarkenverein 1894–1931. Berlin 2002. Zu Bismarcks Selbststilisierung Gerwarth, Robert: Der Bismarck-Mythos. Hamburg 2002
- 45 Zum »Alldeutschen Verband« (ADV) Walkenhorst, Peter: Nation – Volk – Rasse. Radikaler Nationalismus im Deutschen Kaiserreich 1890–1914. Göttingen 2007; zum ADV als »nationaler Opposition« des Kaiserreichs Schödl, Günter: Alldeutscher Verband und deutsche Minderheitenpolitik in Ungarn 1890–1914. Frankfurt/M., Bern, Las Vegas 1978, S. 247 ff., 273–281
- 46 Crampton, Richard: The Hollow Detente. London 1980; Schödl, Alldeutscher Verband, bes. S. 28–38, 51–62
- 47 Theobald von Bethmann Hollweg zu Kurt Riezler, 20.7.1914, zit.: Bormann, Patrick: Die »Slawische Gefahr«. In: Alexandre, Philippe/Marcowitz, Reiner (Hg.): L'Allemagne en 1913. Nancy 2013, S. 397–416, hier S. 407, und Helmuth von Moltke, 21.12.1912, zit.: a.a.O., L'Allemagne, S. 407
- 48 Gottlieb von Jagow an Leopold Graf Berchtold, Brief v. 23.3.1913, in: Große Politik, 34/II, Nr. 13012, S. 549, zit.: Bormann, »Slawische Gefahr«, S. 412
- 49 Gottlieb von Jagow an Heinrich von Tschirschky, Brief v. 25.10.1915, in: Politisches Archiv/Auswärtiges Amt, Nachlass Jagow, Bd. 3, zit. Bormann, »Slawische Gefahr«, S. 412
- 50 Dazu Schödl, Alldeutscher Verband, Kap. II, III, V/4. Zum österreichischen parteiengeschichtlichen Zusammenhang Höbelt, Lothar: Kornblume und Kaiseradler. Die deutschfreiheitlichen Parteien Altösterreichs 1882–1918. Wien 1993; Whiteside, Andrew G.: Georg Ritter von Schönerer. Dt. Übs. Graz, Wien, Köln 1981; Wladika, Michael: Die Vätergeneration: Die Ursprünge des Nationalsozialismus in der k.u.k. Monarchie. Wien, Köln, Weimar 2005
- 51 Zum größeren Zusammenhang Jaworski, Rudolf/Lübke, Christian/Müller, Michael G.: Eine kleine Geschichte Polens. Frankfurt 2000, bes. S. 276–294; Schödl, Günter: Nationsbildung und Minderheitenexistenz. In: Ders.: Formen und Grenzen des Nationalen. Erlangen 1990, S. 1–48, bes. 27 ff.
- 52 Protokoll der Interministeriellen Sitzung vom 10.1.1907, zit. Broszat, Polenpolitik, S. 168 f.
- 53 ebd.
- 54 Rede Wilhelms II. in Gnesen, 1905, zit.: ebda, S. 167. Authentische Zeugnisse der Doyenne der Berliner Gesellschaft, Fürstin Marie Radziwill, für die Nationalisierung des wilhelminischen Zeitgeistes – gerade in Bezug auf die Polenpolitik – nunmehr in Erbe, Günter: Das vornehme Berlin. Köln, Weimar, Wien 2015, u.a. S. 75 f., 81 f.
- 55 Zur deutschen Russlandpolitik, insbesondere auch zu Motiven und bismarckischer Prägung neuerdings Lappenküper, Ulrich: Die Mission Radowitz. Göttingen 1990; Janorschke, Johannes: Bismarck, Europa und die »Krieg-in-Sicht«-Krise von 1875. Paderborn 2010; Stone, James: The War Scare of 1875. Stuttgart 2010
- 56 Dazu Wehner, Norbert: Die deutschen Mittelstaaten auf dem Frankfurter Fürstentag 1863. Frankfurt a. M. 1993; Müller, Jürgen: Deutscher Bund und deutsche Nation 1815–1866. Göttingen 2005; demnächst Schödl, Günter: Frankfurter Fürstentag und Nürnberger Ministerkonferenz 1863
- 57 Der Sektionschef im österreichischen Ministerium des Äußern Maximilian von Gagern an

Herzog Ernst II. von Sachsen-Gotha und Coburg, Wien 1.2.1864, zit. Pastor, Ludwig von: Das Leben des Freiherrn Maximilian von Gagern 1810–1889. München 1912, S. 396

Abbildungsnachweis

Rittergut Varzin um 1860. Ansicht des Herrenhauses. Online, Stichwort »Varzin um 1860«. Aus der Sammlung Alexander Duncker

Otto von Bismarck, 1865. Aquarell-Skizze von Adolph Menzel. In: Engelberg, Ernst: Bismarck. Urpreuße und Reichsgründer. Berlin: Siedler Verlag 1985. Vorsatzblatt

Bismarck und seine Schwiegertochter Marguerite, die Frau von Herbert, Otto von Bismarcks ältestem Sohn. In: Engelberg, Waltraut: Das private Leben der Bismarcks. Berlin: Siedler Verlag 1998. S. 210